

Die südslawische Frage.

Bosniens Angliederung an Ungarn.

Seit langem hat keine Angelegenheit unser Parlament in so tiefgreifende Erregung versetzt, wie die Mitteilung, daß Ungarn daran denke, die Reichslande Bosnien und die Herzegowina „sich anzugliedern“. Wenn eine Abtretung Dalmatiens an Ungarn auch vorläufig als nicht aktuell bezeichnet wird, so lassen frühere Debatten im ungarischen Parlament, insbesondere Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle keinen Zweifel darüber, daß Ungarn es lediglich als eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit ansieht, wann es auch diese Forderung geltend machen wird. Die „Entschädigung“ für Oesterreich soll in der „austro-polnischen“ Lösung gefunden werden, das heißt, daß Galizien an ein künftiges Königreich Polen abzutreten wäre. Darauf haben sich die führenden ungarischen und führenden polnischen Politiker auf Konventionen, die vor Monaten in Budapest abgehalten wurden, geeinigt.

Einnütig wie in der Entrüstung über diese Pläne ist das gesamte österreichische Parlament auch in dem Gedanken, daß einer Verschönerung der Länder der österreichischen Kaiserkrone mit aller Schärfe entgegengetreten werden müsse. Woher nimmt Ungarn, so fragen sich die Parteien, den Rechtstitel für sein Verlangen? Im Staatsgrundgesetz über die österreichische Reichsvertretung vom Jahre 1867 wird Dalmatien ausdrücklich als österreichisches Staatsgebiet bezeichnet, und nur durch Beschlüsse einer Mehrheit von zwei Dritteln in beiden Häusern des Reichsrates und Sanktion der Krone ist eine Aenderung oder Abtretung möglich. Bezüglich Bosniens und der Herzegowina bestimmt ein Gesetz aus dem Jahre 1880, daß Oesterreich wie Ungarn gleichen Einfluß auf die Verwaltung dieser Länder besitzen. Das Recht ist mithin völlig klar und es spricht gegen Ungarn.

Ähnlich verhält es sich mit der nationalen Seite der Angelegenheit. Ungarn will angeblich durch Angliederung Bosniens die südslawische Frage lösen. Nun, würde der Herr der Beunruhigung, als welcher sich der Süden der Monarchie darstellt und der eine der Veranlassungen zum Weltkrieg war, verschüttet werden, so ließe sich darüber reden. Graf Tisza, der gegenwärtig wohl kein Amt bekleidet, bereist gegenwärtig nicht nur das zu Ungarn gehörige Kroatien, sondern auch das noch unter gemeinsamer Verwaltung stehende Bosnien und das österreichische Kronland Dalmatien und versucht überall bei den maßgebenden Persönlichkeiten, für die Angliederung an Ungarn Stimmung zu machen. In Zara hat er unter anderen den österreichischen Reichsratsabgeordneten Dr. Cingrija aufgesucht, um mit ihm die ungarischen Pläne zu besprechen. Serben, Kroaten und Muselmanen sind dem Grafen Tisza in Sarajevo mit aller Deutlichkeit entgegengetreten. In Kroatien wollen die Kroaten von den ungarischen Plänen nichts wissen. Sie sehen nur in einem Groß-Kroatien ihr Ziel.

Zu den staatsrechtlichen und nationalen gesellen sich wirtschaftliche Bedenken. Seit dem Jahre 1878, mithin seit 40 Jahren, hat Oesterreich 70 Prozent der Erfordernisse Bosniens bestritten, Ungarn 30 Prozent. Hunderte Millionen Kronen hat Oesterreich für bosnische Bahnen und Straßen aufgewendet, die übrigens zumeist so gebaut wurden, daß sie vor allem dem ungarischen Interesse entsprachen. Von den großen Opfern an Blut, die Oesterreich anlässlich der Okkupation Bosniens brachte, nicht zu reden. All dies soll nunmehr kostenlos Ungarn überantwortet werden. Bosnien hat Staatswälder, die einen Wert von Milliarden darstellen. Es besitzt reiche Eisenerzgruben, es besitzt Vieh. In einem Zeitpunkt, wo sich jedermann sagen muß, daß nach dem Krieg der Kampf um die Rohstoffe entbrennen wird, soll Holz, Vieh und Erz ausschließlich Ungarn überlassen werden.

Und dann Dalmatien. Wir führen den Krieg mit Italien nicht zum geringsten Teil wegen der Meeressüste. Erhält diese Ungarn, so hat es die Adria. Trieste wird als Konkurrent beherrschen und unser Handel mit der Levante wird bedroht. Da Ungarn Cattaro erhalten soll, so würde auch die Flotte fast gänzlich unter ungarischen Einfluß gelangen. Uebrigens verspürt Ungarn nebenbei auch Appetit auf Abbazia und hat für Hunderte Millionen Kronen Grundankäufe in der Nähe des Kurortes vorgenommen, um Abbazia als „ungarisches Territorium“ zu erklären.

Ein nach ungaro-polnischen Plänen im Norden und Süden amputiertes Oesterreich aber soll für die vielen Milliarden Kriegskosten aufkommen. Zu diesen trägt Ungarn, das seinen Nationalreichtum im Kriege durch die hohen Getroide- und Viehpreise russia vermehrte, be-

kanntlich ein Drittel, Oesterreich zwei Drittel bei. Galizien darf Oesterreich allein wieder-aufbauen.

Angeichts dieser ungarischen Pläne hat sich sämtlicher Parteien im Abgeordnetenhaus große Erregung bemächtigt. Einmütig war die Ablehnung der ungarischen Bestrebungen bei sämtlichen Parteien des Hauses. Klipp und klar haben die Christlichsozialen gesagt, wie sie sich zu der Sache stellen. Sie verlangen Mitteilungen an die Parlamente in Wien und Budapest über den Stand der Verhandlungen; keine Verquickung der südslawischen Frage mit der austro-polnischen Lösung; ein Groß-Kroatien als Grundlage für die Vereinigung der südslawischen Frage. Die deutschnationalen Parteien haben ein Studentomitee zur Beratung der Angelegenheit eingesetzt, dem unter anderen die Abgeordneten Professor Waldner, Bacher, Marchl, Doktor Urban und Neunteufel angehören. Während im einzelnen die Meinungen der Deutschnationalen über die Lösung der südslawischen Frage auseinandergehen, sind sie in zwei Punkten einig: daß durch die Slowenen den Deutschen der Zugang zur Adria nicht gesperrt werden darf und eine Aenderung bezüglich der Zugehörigkeit Bosniens nur mit Zustimmung des österreichischen Parlaments erfolgen könne. Die deutschen Sozialdemokraten lehnen sich heftig gegen eine Vermehrung des ungarischen Machtinflusses. Tschechen und Südslawen drohen mit der Aufrollung der Verfassungsfrage im verschärften Sinne. Die Ukrainer wenden sich gegen eine ungaro-polnische Lösung und die Polen selbst erklären, daß Ungarn nicht den richtigen Zeitpunkt gewählt habe und daß die Polen das größte Interesse wegen Triest hätten, daß Dalmatien bei Oesterreich verbleibe.

Gleich in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses werden eine Reihe dringlicher Anfragen von sämtlichen Parteien an die Regierung wegen Bosniens gerichtet werden. Ministerpräsident Freiherr von Sussarek wird noch im Laufe dieser Woche die Parteiführer zu Besprechungen empfangen. Wie bisher verlautete, hat die österreichische Regierung gegen die ungarischen Pläne nachdrücklichen Einspruch erhoben und sie wird bei einer solchen Haltung das ganze Parlament hinter sich haben.

Womöglich noch erbitterter als bei den Abgeordneten ist die Stimmung im Herrenhause, woselbst die ungarischen Pläne auf entschiedensten Widerspruch stoßen. Auch in der österreichischen Delegation, die Mitte Oktober zusammenrufen soll, stehen schwere Debatten bevor, und von den Aufklärungen, die der Gemeinsame Finanzminister Baron Spitzmüller geben wird, dem Bosnien anvertraut ist, wird es abhängen, ob seine Stellung noch als unerlöschter betrachtet werden kann.